



## NIEDERSCHRIFT

### **2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie** der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

<b>am</b>	11. August 2011
<b>im</b>	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
<b>Beginn</b>	19:00 Uhr
<b>Ende</b>	19:30 Uhr

**Anwesende:**

**SPD-Fraktion**

Akdag, Nebahat  
Burger, Stephan  
Hofmann, Doris  
Salzer, Risto Dr.

**CDU-Fraktion**

Brunner, Bernd  
Meinhardt, Lisa

**ALW-Fraktion**

Becker, Ernst-Ludwig  
Mayer, Marie Luise

**FWW-Fraktion**

Störmer, Gerd

**Präsidium Stadtverordnetenversammlung**

Dittrich, Manfred  
Fischer, Wilhelm  
Pohl, Barbara Dr.

**Magistrat**

Bornet, Helmut

Höll, Herbert  
Möller, Ralf  
Rohrbach, Peter  
Thalheimer, Werner  
Zeller, Gerhard

**Ausländerbeirat**

Didonna Schnellbacher, Maria

**Seniorenbeirat**

Fischer, Willi

**Schriftführerin**

Wschiansky, Andrea

**Verwaltung**

Aussmann, Tanja  
Lemmer, Helge  
Wesp, Frank  
Wigand, Klaus

**Presse**

Darmstädter Echo: Frau Eisenmann

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie, Ernst-Ludwig Becker, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Er erörtert, welchen Schwerpunkt die Themen Energie und Umwelt in der Gesellschaft haben und hebt hervor, dass Weiterstadt bereits viele Biotope und Ausgleichsflächen geschaffen hat.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	<b>Drucksache</b>
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vom 09.05.2011	
2. Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Frankfurt Main	IX/0107/1
3. Prüfung der Machbarkeit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Müllhalde Weiterstadt Ergebnisbericht	IX/0041/3

Wegen noch vorhandenem Diskussionsbedarf und ausstehender Gutachten beantragt Bürgermeister Rohrbach den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Tagesordnungspunkt wird gestrichen.

**Tagesordnungspunkt 1**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vom 09.05.2011**

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 09.05.2011 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

**Tagesordnungspunkt 2**  
**Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Frankfurt Main**  
**Drucksache: IX/0107/1**

Vorsitzender Becker führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Fachdienstleiter Frank Wesp erläutert die in der Drucksache IX/0107/1 enthaltenen Sachverhalte. Er erklärt die Änderungen der Schutzzonen mit den entsprechenden Grenzwerten, sowie die daraus entstehenden Entschädigungsansprüche.

Bürgermeister Rohrbach erläutert, dass die Stellungnahme mit den Nachbarkommunen Griesheim und Erzhausen sowie dem Landkreis Darmstadt-Dieburg abgestimmt wird.

Die SPD Fraktion weist darauf hin, dass die Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG) nicht zur Stellungnahme befugt ist und aus dem Entwurfstext der Stellungnahme zu streichen ist.

Zur Vermeidung von Härtefällen ist die Forderung nach Schaffung einer Härtefallzone mit vollen Ansprüchen auf passiven Schallschutz in einem Umkreis von 200 Metern um die Grenzen des Lärmschutzbereiches in die Stellungnahme aufzunehmen.

Durch die Stellungnahme zum Lärmschutzbereich wird die eingeklagte Forderung der Stadt Weiterstadt auf ein Nachtflugverbot nicht berührt.

**Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:**

1. Der vom hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ermittelte und zur Festsetzung vorgeschlagene Lärmschutzbereich für den Verkehrsflughafen Frankfurt Main wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Ministerium wird gebeten, die Fraport AG aufzufordern, ihren Erstattungs- und Entschädigungspflichten für passive Schallschutzmaßnahmen unverzüglich nachzukommen und eine frühzeitige Unterrichtung der Anspruchsberechtigten zu veranlassen.
3. Auch in Zukunft ist Aktiven Schallschutzmaßnahmen Vorrang vor Passiven Schallschutzmaßnahmen einzuräumen. Das Ministerium wird aufgefordert, von dem Flughafenbetreiber und den Fluggesellschaften weitere, aktive Schallschutzmaßnahmen zum Schutz der Menschen vor Fluglärm im Bereich des Flughafens Frankfurt einzufordern und festzusetzen (2. Maßnahmenpaket „Aktiver Schallschutz“).
4. Zur Vermeidung von Härtefällen wird die Schaffung einer Härtefallzone mit vollen Ansprüchen auf passiven Schallschutz in einem Umkreis von 200 Metern um die Grenzen des Lärmschutzbereiches gefordert.
5. Die beim Bundesverwaltungsgericht eingeklagte Forderung der Stadt Weiterstadt eines Nachtflugverbotes wird durch die Stellungnahme nicht berührt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

Ernst-Ludwig Becker  
Vorsitzender

Andrea Wschiansky  
Schriftführer